



Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete
Groupement suisse pour les régions de montagne
Gruppo svizzero per le regioni di montagna
Gruppa svizra per las regiuns da muntoona

Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete, Postfach, 3001 Bern

Herr Bundespräsident Guy Parmelin
Vorsteher des WBF

3003 Bern

(eingereicht über „consultations“)

Bern, 28. April 2026
TE / H 340

(avec un résumé en français en fin du document)

Stellungnahme zur Botschaft Standortförderung 2028 - 31

Sehr geehrter Herr Bundespräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete SAB bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme zu randvermerktem Geschäft. Die SAB vertritt die Interessen der Berggebiete und ländlichen Räume in den wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Belangen. Mitglieder der SAB sind 22 Kantone, rund 600 Gemeinden, praktisch alle NRP-Regionen sowie zahlreiche Organisationen und Einzelmitglieder.

Die SAB lehnt die Botschaft Standortförderung 2028–2031 in der vorliegenden Form entschieden ab. Die vorgesehenen Finanzbeschlüsse für Innotour und Schweiz Tourismus widersprechen den parlamentarischen Entscheiden zum Entlastungspaket 27 (EP27) und entbehren damit einer politischen Legitimation. Die entsprechenden Bereiche in der Botschaft Standortförderung müssen grundlegend überarbeitet werden.

Auch der in der Vernehmlassung angedeutete Rückzug des Bundes aus der Regionalpolitik widerspricht den Beschlüssen des Parlamentes diametral und wird von uns auf keinen Fall akzeptiert. Für die Regionalpolitik sind im Rahmen der Botschaft Standortförderung 2028 – 31 ohnehin keine Beschlüsse nötig, da das aktuelle Mehrjahresprogramm noch bis 2031 läuft. Die Regionalpolitik ist deshalb aus der Botschaft herauszulösen. In Hinblick auf das nächste Mehrjahresprogramm erwartet die SAB vom Bundesrat eine Stärkung der Regionalpolitik als zentralem Instrument der Berggebietspolitik in der Schweiz.

Der Bundesrat hat am 25. Februar 2026 die Vernehmlassung eröffnet zur Botschaft Standortförderung 2028 – 31. Der Zeitpunkt und der Inhalt dieser Vernehmlassung haben uns sehr erstaunt. Es ist für uns schlicht nicht nachvollziehbar, weshalb der Bundesrat die Vernehmlassung vor der Bereinigung des Entlastungspakets 27 im Parlament eröffnet hat. Der Bundesrat geht in der Vorlage davon aus, dass das EP 27 so umgesetzt wird, wie er es in seiner Botschaft an das Parlament vorgesehen hatte. Nur hat der Ständerat bereits in der Wintersession 2025 substanzielle Korrekturen an der Vorlage vorgenommen und die Finanzkommission des Nationalrates hat am 19. Februar 2026 die Linie des Ständerates mehrheitlich bestätigt. Der Nationalrat hat die Beratung des EP27 am 3. und 4. März als Zweitrat aufgenommen. Die Beratung fand also nur knapp eine Woche nach der Eröffnung der Vernehmlassung statt. Nach den Beschlüssen des Ständerates und nach der Sitzung der FK-N zeichnete sich ab, dass das Parlament im Bereich der Standortförderung andere Entscheide fassen wird, als dies vom Bundesrat im EP27 vorgeschlagen wurde. Dies wurde denn auch bestätigt durch den Beschluss des Nationalrates vom 4. März 2026. Der Nationalrat hat sich dem Ständerat angeschlossen. Auf eine Änderung des Bundesgesetzes über die Regionalpolitik wird verzichtet und für die Finanzplanjahre 2027 bis 2029 sind Einlagen in den Fonds für Regionalpolitik in der Höhe von 10,2, 21,2 sowie 21,2 Mio. Fr. vorgesehen. Im Bereich des Tourismus fallen die Kürzungen deutlich weniger stark aus, als vom Bundesrat vorgeschlagen. Bei Schweiz Tourismus wird das Budget nur um 10% statt um 20% gekürzt und auch bei Innotour wird deutlich weniger gekürzt. Die Botschaft Standortförderung basiert somit auf völlig falschen Annahmen.

Inhaltlich hat dieses unnötige Vorpreschen des Bundesrates gravierende Konsequenzen. Bestandteil der Botschaft Standortförderung sind u.a. die Tourismuspolitik und die Regionalpolitik. Bei der Tourismuspolitik nimmt der Bundesrat Kürzungen vorweg, die in dieser Form vom Parlament nicht bestätigt wurden. Der Bundesrat sieht in der Vernehmlassung eine Fokussierung der Tourismuspolitik vor, die so nach der Beratung des EP27 nicht mehr erforderlich ist. Zudem arbeitet das Seco derzeit an einer neuen Tourismusstrategie, welche im Jahr 2027 präsentiert werden soll. Mit der Botschaft Standortförderung 2028 – 31 nimmt der Bundesrat bereits einige Elemente der neuen Tourismusstrategie vorweg, noch bevor diese mit der Branche und weiteren Interessierten Kreisen diskutiert werden konnte.

Noch gravierender ist das unnötige Vorpreschen des Bundesrates bei der Regionalpolitik. Der Ständerat und auch der Nationalrat haben in ihren Beschlüssen klar zum Ausdruck gebracht, dass das Bundesgesetz über die Regionalpolitik nicht geändert werden soll und auch die Fondseinlagen nicht gestrichen werden sollen. Das Parlament hat sich damit klar für eine Weiterführung dieses zentralen Instrumentes für die Berggebietspolitik ausgesprochen. Der Bundesrat geht jedoch in seiner Vernehmlassungsvorlage von einer Gesetzesänderung und vollständigen Streichung der Beiträge an die Regionalpolitik aus. Er spricht in der Vernehmlassungsvorlage gar davon, dass es nun darum gehe, den Ausstieg aus der Regionalpolitik vorzubereiten.

Das Vorgehen des Bundesrates ist sowohl vom zeitlichen Ablauf als auch vom Inhalt her schlicht nicht nachvollziehbar. Nach den Beschlüssen des Parlamentes zum EP27 geht die Vernehmlassungsvorlage zur Botschaft Standortförderung von völlig falschen Annahmen aus. **Wir haben deshalb den Bundesrat per Brief vom 20. März 2027 (Datum der Schlussabstimmung zum EP27) aufgefordert, die laufende Vernehmlassung sofort abzubrechen.**

Die Vernehmlassungsvorlage ist ohnehin in sich völlig widersprüchlich. Die Zielsetzungen stehen in eklatantem Widerspruch zu den effektiven Massnahmen. So will der Bundesrat mit der Botschaft Standortförderung die Regionen stärken (Ziel 3). Dass er gleichzeitig die Mittel für die Tourismusförderung zurückfährt und bei der Regionalpolitik gar den Ausstieg vorsieht, bewirkt genau das Gegenteil. **In der vorliegenden Form kann die SAB der Botschaft Standortförderung nicht zustimmen. Wir lehnen die Botschaft ab und fordern eine grundlegende Überarbeitung.**

Für die nötige grundlegende Überarbeitung der Vorlage gestatten wir uns nachfolgend einige Hinweise.

Die **Regionalpolitik muss aus der Vorlage herausgelöst werden und darf nicht Bestandteil der Botschaft 2028 – 31 ans Parlament sein.** Die Regionalpolitik hat eine andere Periodizität als die übrigen Massnahmen der Standortförderung. Die Regionalpolitik hat einen achtjährigen Rhythmus mit der Verabschiedung des entsprechenden Mehrjahresprogramms. Die übrigen Massnahmen der Standortförderung haben demgegenüber einen vierjährigen Rhythmus. Für die Regionalpolitik braucht es somit aktuell keinen neuen Beschluss des Parlamentes, da die Inhalte und der Zahlungsrahmen mit dem achtjährigen Mehrjahresprogramm 2024 – 31 bereits durch das Parlament beschlossen wurden. Die Regionalpolitik kann in der nächsten Botschaft Standortförderung in vier Jahren wieder aufgenommen werden. Ein Ausstieg aus der Regionalpolitik, wie er in der Vernehmlassung zur Botschaft Standortförderung angekündigt wird, wird von uns kategorisch abgelehnt. Ein derartiger Ausstieg hätte gravierende Konsequenzen für die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der Bergregionen und ländlichen Räume aber auch für die europäische grenzüberschreitende Zusammenarbeit (Interreg wird ebenfalls über die NRP finanziert). Ein Ausstieg aus der Regionalpolitik wäre somit letztlich ein verheerender Schritt für den inneren Zusammenhalt in diesem Land aber auch für die Beziehungen zum Ausland.

Nachdem die Mittel des Bundes für die Regionalpolitik im Rahmen des Budgetprozesses in den letzten Jahren wiederholt gekürzt wurden, erwarten wir vom Bundesrat, dass er in Hinblick auf das nächste Mehrjahresprogramm ab 2032 eine Vorlage zur Stärkung der Regionalpolitik vorlegt. Dazu gehören neben inhaltlichen Anpassungen auch eine Aufstockung der verfügbaren Mittel. Gerne sind wir bereit, mit dem Bund zusammen die zukünftige Ausrichtung der Regionalpolitik zu diskutieren, so dass sie auf aktuelle und zukünftige Herausforderungen für die Berggebiete und ländlichen Räume reagiert und hilft, die Resilienz und Wettbewerbsfähigkeit dieser Räume langfristig zu erhalten und stärken. Eine verstärkte Förderung aller Regionen in der Schweiz erscheint uns gerade in Zeiten grosser geökonomischer Verwerfungen unerlässlich.

Für die Tourismuspolitik müssen der Inhalt und der Finanzierungsantrag ans Parlament an die Beschlüsse im EP27 angepasst werden. Das entsprechende Kapitel muss entsprechend auch inhaltlich grundlegend überarbeitet werden. Bei **Schweiz Tourismus** ist eine stärkere Fokussierung der Arbeiten auch nach den Parlamentsentscheiden zum EP27 (10%-Kürzung) leider unumgänglich. Aus unserer Sicht muss Schweiz Tourismus dabei insbesondere einen Fokus auf eine bessere Verteilung der Nachfrage über das ganze Jahr legen. Der Tourismus ist insbesondere für die Berggebiete die Leitbranche schlichthin. Das starke Nachfragewachstum, welches bereits vor der Corona-Pandemie eingesetzt hatte und sich nach der Krise noch verstärkt hat, führt jedoch in einigen touristischen Hotspots zunehmend zu Akzeptanzproblemen. Ziel muss es deshalb sein, die touristische Nachfrage räumlich und saisonal besser zu verteilen. Die Schweiz hat auch abseits der international bekannten Hotspots touristisch extrem viel zu bieten. Mit den neuen digitalen Möglichkeiten können auch diese Gebiete gut in Szene gesetzt werden. Eine bessere Verteilung über das Jahr hinweg ist ohnehin ein zentrales Anliegen aus Sicht der SAB, auch vor dem Hintergrund des Klimawandels. Eine Entwicklung Richtung Ganzjahrestourismus hilft zudem, die Rekrutierung von Fachkräften zu erleichtern und die akute Wohnungsknappheit für diese Fachkräfte zu lindern.

Innotour ist ein äusserst bewährtes Instrument zur Förderung von Innovation und Zusammenarbeit im Tourismus. Innotour konnte mit bescheidenen Mitteln zahlreiche wichtige Impulse für die Tourismuswirtschaft setzen. Dieser Befund wird auch regelmässig durch die Evaluationen bestätigt. Innotour zeichnet sich insbesondere dadurch aus, dass es ein unkompliziertes und schlankes Instrument ist (was sich aufgrund der wenigen verfügbaren Mittel aufdrängt). Dieser unkomplizierte Charakter von Innotour muss unbedingt bewahrt

bleiben. Dass nun auf Grund des Druckes der Eidgenössischen Finanzkontrolle die Kontrollmechanismen verstärkt und neue Stellenprozente im SECO geschaffen werden sollen, widerspricht diesem einfachen und unkomplizierten Charakter und steht auch im Widerspruch zu den Mittelkürzungen durch das EP27. Denn so bleiben letztlich weniger Mittel für die Projektförderung zur Verfügung, was ja das eigentliche Ziel von Innotour ist. Die Mittelverschiebungen innerhalb des SECO und die geplante Schaffung einer neuen Stelle für intensivierete Prüf- und Kontrollprozesse wird deshalb von uns abgelehnt.

Unverständlich ist für uns auch, dass das SECO bereits am 1. April 2026, also nur wenige Tage nach der Schlussabstimmung zum EP27 und noch während der laufenden Vernehmlassung zur Botschaft Standortförderung, neue **Förderkriterien für Innotour** publiziert hat. Demnach sollen die Projektförderung priorisiert, nur noch grössere Projekte mit einem Volumen von über 200'000 Fr. und nur noch destinationsübergreifende Projekte unterstützt werden. Das SECO nimmt damit die Punkte vorweg, die mit der Vernehmlassungsvorlage zur Botschaft Standortförderung erst zur Diskussion gestellt werden. Durch dieses Vorpreschen wird das Vernehmlassungsverfahren ad absurdum geführt. Es ist ja gerade Sinn und Zweck eines Vernehmlassungsverfahrens, die vorgeschlagenen Massnahmen zu diskutieren und auf ihre Akzeptanz und Praktikabilität zu prüfen. Seitens der SAB sind wir mit der Fokussierung auf einige wenige Grossprojekte nicht einverstanden. Es gibt durchaus zahlreiche kleinere Projekte, die sehr viel zu Innovation und Zusammenarbeit im Tourismus beitragen können. Die Grösse eines Projektes ist kein Garant für dessen Qualität oder Innovationscharakter. Durch die Beschlüsse des Parlamentes zum EP27 ist die Anpassung der Förderkriterien aus unserer Sicht überholt. Wir fordern den Bundesrat dazu auf, die bereits publizierte Prioritätenordnung wieder rückgängig zu machen und die Förderpraxis an die tatsächlichen finanziellen Rahmenbedingungen sowie die parlamentarischen Beschlüsse anzupassen.

Die Bundesbeschlüsse zur Finanzierung von Schweiz Tourismus und von Innotour müssen konkret wie folgt angepasst werden:

Bundesbeschluss über die Finanzhilfe an Schweiz Tourismus für die Jahre 2028–2031

Art. 1

Für Finanzhilfen an Schweiz Tourismus wird für die Jahre 2028–2031 ein Zahlungsrahmen von ~~188,00~~ 210,62 Millionen Franken bewilligt.

sowie

Bundesbeschluss über die Finanzierung der Förderung von Innovation, Zusammenarbeit und Wissensaufbau im Tourismus (Innotour) für die Jahre 2028–2031

Art. 1

Für die Finanzierung der Förderung von Innovation, Zusammenarbeit und Wissensaufbau im Tourismus (Innotour) wird ein Verpflichtungskredit von ~~49,16~~ 28,18 Millionen Franken für die Jahre 2028–2031 bewilligt.

Die Höhe des Zahlungsrahmens für Schweiz Tourismus respektive des Verpflichtungskredits für Innotour ergibt sich aus den vom Parlament im Rahmen des EP27 beschlossenen Finanzplanwerten sowie deren Fortschreibung gemäss den in Art. 2 festgelegten Teuerungsannahmen. Damit wird sichergestellt, dass die Finanzierung den aktuellen parlamentarischen Beschlüssen entspricht und auf einer politisch abgestützten Grundlage erfolgt.

Im Bereich der **KMU-Politik** ist eine verstärkte Förderung des E-Government geplant. Die Graphik im erläuternden Bericht auf S. 22 zeigt eindrücklich, dass die Schweiz in diesem Bereich weit hinter den meisten europäischen Ländern hinterherhinkt. Die Potenziale der

Digitalisierung werden noch ungenügend genutzt. Die SAB setzt sich u.a. zusammen mit dem Verein Myni Gmeind und dem Schweizerischen Gemeindeverband für eine stärkere Nutzung dieser Potenziale der Digitalisierung in der Verwaltung ein. Die vom Bundesrat mit der Vorlage geplante stärkere Förderung des E-Government wird deshalb von uns unterstützt.

Im Bereich **Standortpromotion und Exportförderung** erscheint uns entscheidend, dass bei den Aktivitäten im Ausland die Synergieeffekte zwischen den verschiedenen mit der Standortpromotion betreuten Organisationen und Institutionen möglichst optimal genutzt werden. Das kann insbesondere erreicht werden durch die physische Zusammenlegung an gemeinsamen Standorten aber auch durch gemeinsame und koordinierte Promotionsaktivitäten. Die Finanzkommissionen von National- und Ständerat haben in ihrer Aufsichtstätigkeit bereits mehrfach auf diesen Punkt hingewiesen.

Zu den weiteren Inhalten der Vernehmlassungsvorlage äussern wir uns nicht.

Mit freundlichen Grüssen

**SCHWEIZERISCHE ARBEITSGEMEINSCHAFT
FÜR DIE BERGGEBIETE (SAB)**

Der Präsident:

Der Direktor:

Pius Kaufmann
Nationalrat

Thomas Egger

Résumé

Le SAB - Groupement suisse pour les régions de montagne – refuse catégoriquement le message sur la promotion économique 2028–2031 tel qu’il est présenté. Les décisions financières prévues pour Innotour et Suisse Tourisme sont en contradiction avec les décisions parlementaires relatives au paquet d’allègements budgétaires 27 (PA 27) et sont donc dépourvues de légitimité politique. Les sections correspondantes du message sur la promotion économique doivent être profondément remaniées.

De même, le retrait de la Confédération de la politique régionale, évoqué dans le rapport de consultation, est en totale contradiction avec les décisions du Parlement et ne sera en aucun cas accepté par nous. Aucune décision n’est de toute façon nécessaire pour la politique régionale dans le cadre du message sur la promotion économique 2028–2031, puisque le programme pluriannuel actuel court encore jusqu’en 2031. La politique régionale doit donc être retirée du message. Dans la perspective du prochain programme pluriannuel, le SAB attend du Conseil fédéral qu’il renforce la politique régionale en tant qu’instrument central de la politique en faveur des régions de montagne en Suisse.